

# VERANTWORTUNG

für die Menschen - für die Zukunft - für Bayern



**Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion  
vom 22. bis 24. September 2015 in Kloster Banz**

1

## 2 **Flüchtlingszustrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!**

3

4 Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht und jeden Tag werden  
5 es mehr. Seit Beginn dieses Jahres kamen bereits mehr als 520.000 Asylbewerber  
6 nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum des letzten Jahres waren es lediglich rund  
7 137.000. Sämtliche Prognosen für dieses Jahr waren demnach unzureichend: Es ist  
8 davon auszugehen, dass bis Ende des Jahres möglicherweise über eine Million  
9 Flüchtlinge bei uns ankommen!

10 Unser Freistaat, unsere Landkreise, Städte und Gemeinden haben in den vergange-  
11 nen Monaten Enormes geleistet, um die Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen.  
12 Tausende Mitarbeiter in den Behörden, Einsatzkräfte und freiwillige Helfer kümmern  
13 sich rund um die Uhr um die Menschen, die entkräftet und nicht selten traumatisiert  
14 bei uns ankommen. Ihnen gebührt unser Dank. Den derzeitigen Zustrom an Flücht-  
15 lingen kann unser Land auf Dauer nicht verkraften. Unser Asylsystem hat in jeder  
16 Hinsicht – organisatorisch, personell und finanziell – die Grenzen der Belastbarkeit  
17 erreicht! Als CSU-Fraktion tragen wir Verantwortung – für die Menschen, für die Zu-  
18 kunft und für Bayern. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen!

19

### 20 **Unsere Ziele lauten:**

21

- 22 ***1. Flüchtlingszustrom eindämmen!***
- 23 ***2. Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen!***
- 24 ***3. Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern!***
- 25 ***4. Europäische Verantwortung einfordern!***
- 26 ***5. Bund und Länder in die Verantwortung nehmen!***
- 27 ***6. Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren!***

28

## 29 **Unsere Forderungen im Einzelnen:**

30

### 31 **I. Flüchtlingszustrom eindämmen!**

32

#### 33 **Zuwanderung begrenzen**

34 Unsere oberste Priorität muss sein, den Flüchtlingszustrom künftig einzudämmen.  
35 Hierzu sind stärkere Differenzierungen nötig. Während das Asylrecht bei individueller  
36 Verfolgung nicht beschränkt werden soll, müssen für Bürgerkriegsflüchtlinge Kontin-  
37 gente festgelegt werden. Wenn sich die europäischen Staaten auf ein Kontingent  
38 einigen, können wir substantielle Hilfe leisten und kein Land wird bei der Integration  
39 überfordert.

40

#### 41 **Außengrenzen wirksam schützen**

42 Eine Begrenzung der Zuwanderung setzt zwingend den wirksamen Schutz der  
43 Schengen-Außengrenzen voraus. Die Grenzstaaten sind auf Verlangen hierbei an-  
44 gemessen zu unterstützen.

45

#### 46 **Schleuserkriminalität effektiver bekämpfen**

47 Das Schleusen von Flüchtlingen ist zum hochgradig kriminellen, aber ökonomisch  
48 florierenden Geschäft geworden. Hilflosigkeit wird kommerzialisiert. Das muss ein  
49 Ende haben! Wir setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass die gesetzliche  
50 Mindeststrafe für das Einschleusen von Ausländern angehoben wird. Zudem muss  
51 es den Einsatzkräften erleichtert werden, den Schleusern ihre Tatwerkzeuge – also  
52 die Fahrzeuge – zu entziehen, um dieser besonders menschenverachtenden Form  
53 der organisierten Kriminalität zu begegnen.

54

55

### 56 **II. Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen!**

57

58 Um die Flüchtlingssituation langfristig in den Griff zu bekommen und Deutschland  
59 nicht zu überfordern, müssen die Fluchtursachen vor Ort bekämpft und den Men-  
60 schen in ihrer Heimat Perspektiven geboten werden!

61

## 62 **Mehr Mittel für die Bekämpfung von Fluchtursachen bereitstellen**

63 Das Bundesentwicklungsministerium hat bereits mehrere Sonderinitiativen zur Besei-  
64 tigung von Fluchtursachen gestartet und die bestehenden Mittel auf die Haupther-  
65 kunftsländer konzentriert: Mehr als zwölf Milliarden Euro werden in die Fluchtursa-  
66 chenbekämpfung fließen. Wir fordern, dass die Mittel des Entwicklungsministeriums  
67 aufgestockt werden. Zudem muss die EU auf diesem Gebiet deutlich verstärkte Be-  
68 mühungen zeigen. Auch müssen die lokalen Wertschöpfungsketten durch fairen  
69 Handel gestärkt werden, um die Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort nachhaltig  
70 zu verbessern. Nicht zuletzt muss auch dringend die Versorgung und Betreuung der  
71 Flüchtlinge in den Camps der Krisenregionen und deren Anrainerstaaten verbessert  
72 werden, um den Menschen möglichst heimatnah eine Bleibeperspektive zu eröffnen.  
73 Hieran müssen sich die Golfstaaten und Saudi-Arabien substantiell beteiligen. Dane-  
74 ben muss bereits jetzt für die Zeit nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzun-  
75 gen vorgesorgt und der Aufbau staatlicher Strukturen vorbereitet werden. Dazu ge-  
76 hört die Ausbildung öffentlicher Bediensteter, etwa von Polizisten, Verwaltungsbeam-  
77 ten und Richtern.

78

## 79 **EU-Flüchtlingsbeauftragten einsetzen**

80 Wenn Krisenländer stabilisiert und Transit- und Aufnahmeländer effektiv unterstützt  
81 werden sollen, braucht die EU einen Gesamtansatz für ihre innen-, außen- und ent-  
82 wicklungspolitischen Maßnahmen. Wir brauchen deshalb einen EU-Flüchtlingsbeauf-  
83 tragten, bei dem die Stränge zusammenlaufen und der mit entsprechenden finanziel-  
84 len Mitteln ausgestattet werden muss.

85

## 86 **UN-Sicherheitsrat mit der Flüchtlingskrise befassen**

87 Wir fordern eine UN-Initiative für eine Waffenruhe und eine friedliche Lösung der La-  
88 ge in Syrien sowie die Einrichtung von Schutzzonen. Für die aktuelle UN-  
89 Sitzungswoche ist eine Sitzung zur Syrienkrise beantragt. Das ist ein Schritt in die  
90 richtige Richtung. Nur gemeinsam werden wir einen Weg aus der Krise finden!

91

## 92 **EU-Libyen-Initiative auf den Weg bringen**

93 Die Hauptroute für Flüchtlinge aus Afrika läuft aktuell über Libyen. Deshalb muss Eu-  
94 ropa sein Engagement hier verstärken. Wir unterstützen die Forderung des Bundes-  
95 entwicklungsministers zur Bildung einer Einheitsregierung, um das Land zu stabilisie-

96 ren. Eine EU-Libyen-Initiative sollte beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur  
97 helfen, den Grenzschutz stärken sowie ein Rückkehrer- und Integrationsprogramm  
98 für die Flüchtlinge aus Sub-Sahara-Afrika einrichten.

99

### 100 **Initiative für Ausbildung, Polizeiaufbau und Grenzschutz in Afrika starten**

101 Die Zusammenarbeit der EU mit Afrika muss mehr auf die Bekämpfung von Fluchtur-  
102 sachen ausgerichtet werden. Beim Gipfel der EU gemeinsam mit der Afrikanischen  
103 Union (AU) im November 2015 in Valetta sollten die afrikanischen Regierungen an  
104 ihre Verantwortung für die Entwicklung ihrer eigenen Länder erinnert und zugleich  
105 stärker und gezielter dabei unterstützt werden. Die EU muss eine Ausbildungsoffen-  
106 sive für die afrikanische Jugend auf den Weg bringen. Zugleich fordern wir, dass die  
107 afrikanischen Polizei- und Grenzschutzbehörden in die Lage versetzt werden, ihre  
108 eigenen Grenzen effektiv zu kontrollieren.

109

110

### 111 **III. Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern!**

112

113 Um den wirklich Schutzbedürftigen echte Hilfe bieten zu können, müssen wir Asyl-  
114 missbrauch wirksam bekämpfen.

115

### 116 **Sichere Herkunftsstaaten ausweiten**

117 Kosovo, Albanien und Montenegro müssen dringend als sichere Herkunftsländer  
118 eingestuft werden. Insoweit ist auch zu prüfen, ob weitere, beispielsweise afrikani-  
119 sche Staaten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollten. Die Beschlüsse  
120 der Koalition in Berlin dazu sind richtig und waren längst überfällig. Mit der Einstufung  
121 als sichere Herkunftsstaaten beschleunigen wir die Asylverfahren und bauen Anreize  
122 für Asylmissbrauch ab.

123 Zudem fordern wir ein Beschäftigungsverbot sowohl für Asylbewerber aus sicheren  
124 Herkunftsstaaten als auch für diejenigen, deren Asylantrag als offensichtlich unbe-  
125 gründet abgelehnt worden ist oder deren Rücküberstellung im Dublin-Verfahren an-  
126 geordnet ist.

127

128

129 **Gesonderte Aufnahmeeinrichtungen schaffen**

130 Aus diesen Gründen haben wir in Bayern auch als erste in Deutschland entschieden,  
131 eigene Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren  
132 Herkunftsstaaten sowie aus Albanien, Kosovo und Montenegro zu schaffen, die in  
133 Manching und Bamberg bereits in Betrieb sind. Zwei weitere Einrichtungen sind ge-  
134 plant. In diesen gesonderten Einrichtungen arbeiten alle zuständigen Behörden vor  
135 Ort effektiv zusammen. So können wir auch die Kommunen deutlich entlasten, weil  
136 keine Verteilung der Asylbewerber mehr stattfindet. Wir fordern die anderen Länder  
137 auf, unserem Beispiel zu folgen und umgehend vergleichbare Einrichtungen zu  
138 schaffen.

139

140 **Falsche Anreize abstellen**

141 Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass es keine Anreize mehr gibt, nur wegen der  
142 Leistungen während des Asylverfahrens nach Deutschland zu kommen. In Erstauf-  
143 nahmeeinrichtungen und den gesonderten Aufnahmeeinrichtungen sollen daher nur  
144 noch Sachleistungen ausgegeben werden. Im Übrigen muss überprüft werden, in-  
145 wieweit nicht auch außerhalb der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen zum  
146 Sachleistungsprinzip zurückgekehrt werden sollte.

147 Schließlich lehnen wir die elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende ab. Die-  
148 se würde nur einen weiteren Zuzugsanreiz für Migranten ohne Bleibeperspektive  
149 schaffen. Die Vergabe von Berechtigungsscheinen zur medizinischen Behandlung  
150 von Asylbewerbern hat sich dagegen bewährt.

151

152 **Asylverfahren beschleunigen und verbessern**

153 Derzeit beträgt die Dauer der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abge-  
154 schlossenen Verfahren im Durchschnitt 5,3 Monate. Der Rückstand bei den Verfah-  
155 ren beträgt bereits nahezu 300.000 Anträge, allein in den letzten drei Monaten haben  
156 sich über 50.000 Verfahren aufgestaut. Die Asylverfahren müssen deshalb dringend  
157 gestrafft und insgesamt beschleunigt werden. Dazu muss das Personal beim Bun-  
158 desamt dringend und zeitnah aufgestockt werden.

159 Die CSU-Fraktion hat sich das Asylverfahren in der Schweiz und den Testbetrieb für  
160 ein beschleunigtes Verfahren angesehen. Asylanträge von Bewerbern aus bestimm-  
161 ten Staaten, etwa Serbien, Kosovo oder Georgien, werden dort oft innerhalb von 48  
162 Stunden abgewickelt. Ein zügiges Verfahren gibt es auch für bestimmte afrikanische

163 Länder wie Nigeria, Gambia oder Senegal – es dauert zwischen 35 und 65 Tage.  
164 Diesen Weg müssen wir auch in Deutschland gehen! Bayern macht es mit den  
165 neuen Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen vor. Wir fordern stark beschleunigte  
166 Asylverfahren, die innerhalb einer Woche an der Grenze durchgeführt werden müs-  
167 sen. Zudem müssen für das Bundesamt Entscheidungsfristen von höchstens drei  
168 Monaten eingeführt werden.

169

### 170 **Leistungen für abgelehnte Asylbewerber kürzen**

171 Abgelehnte Asylbewerber müssen unser Land verlassen. Ihnen darf nicht weiter  
172 durch großzügige Leistungen ein Anreiz gegeben werden, sich ihrer Ausreisepflicht  
173 zu widersetzen. Abgelehnte Asylbewerber sollen daher nur noch Leistungen im un-  
174 abweisbar gebotenen Umfang erhalten. Wir fordern insbesondere Kürzungen beim  
175 Leistungsbezug für Asylbewerber, für deren Asylverfahren ein anderer Staat zustän-  
176 dig ist, sowie für Asylbewerber, deren Aufenthalt aus von ihnen zu vertretenden  
177 Gründen nicht beendet werden kann. Diese Asylbewerber sollten künftig nur noch  
178 eine Reisebeihilfe zur Deckung des unabweisbaren Reisebedarfs erhalten.

179

### 180 **Verstärkt rückführen**

181 In Bayern überstieg im Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.08.2015 die Zahl der  
182 freiwilligen Ausreisen (7.445) und der Abschiebungen (2.179) die Anzahl der abge-  
183 lehnten Asylanträge um 1.661 Personen. Wir fordern, dass abgelehnte Asylbewerber  
184 künftig in allen Ländern so konsequent zurückgeführt werden. Dazu müssen Ab-  
185 schiebehindernisse abgebaut und die Ausreise notfalls auch per Abschiebehaft gesi-  
186 chert werden. In diesem Kontext müssen gesetzliche Hürden abgesenkt und die ent-  
187 sprechenden Vorschriften vereinfacht werden. Zudem müssen Abschiebungen immer  
188 und deutschlandweit unangekündigt stattfinden.

189 Überdies fordern wir ein gesetzliches Wiedereinreiseverbot von mindestens drei Jah-  
190 ren für alle Asylbewerber, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt  
191 worden ist oder die einen erfolglosen Folgeantrag gestellt haben.

192

193

194

195 **IV. Europäische Verantwortung einfordern!**

196

197 Die Flüchtlingsfrage ist nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung der gesamten  
198 EU zu lösen: Nur wenn die europäischen Länder Hand in Hand arbeiten, nur wenn  
199 alle an einem Strang ziehen, können Menschenleben gerettet und den tausenden  
200 Flüchtlingen echte Perspektiven aufgezeigt werden.

201

202 **EU-Asylzentren in Nordafrika einrichten**

203 Um die lebensgefährlichen Überfahrten der Flüchtlinge über das Mittelmeer zu ver-  
204 hindern, fordern wir, dass EU-Asylzentren in nordafrikanischen Staaten eingerichtet  
205 werden. Diese sollen unter strikter Einhaltung der europäischen Rechtsstandards  
206 Asylanträge entgegennehmen und so Flüchtlingen die Möglichkeit bieten, legal und  
207 auf sicheren Wegen in die EU einzureisen. Aber auch auf diesem Weg können weder  
208 Deutschland noch Europa allen weltweit Verfolgten die Einreise ermöglichen.

209

210 **Flüchtlinge europaweit verteilen**

211 Wir fordern eine solidarische und faire Verteilung und Aufnahme schutzbedürftiger  
212 Flüchtlinge durch die EU-Mitgliedstaaten. Eine Weiterreise aus dem Erstaufnahme-  
213 staat in andere EU-Mitgliedstaaten muss vermieden werden. Der von den EU-  
214 Innenministern diese Woche gefasste Beschluss, 120.000 Flüchtlinge vorwiegend  
215 aus Italien und Griechenland auf andere EU-Staaten zu verteilen, kann nur ein erster  
216 Schritt sein. Es müssen bedeutend mehr Flüchtlinge verteilt werden.

217 Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung des Koalitionsausschusses, men-  
218 schenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen (sog. „Hotspots“) in den  
219 EU-Mitgliedstaaten zu schaffen, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang be-  
220 sonders groß ist.

221

222 **Einheitliche europäische Standards entwickeln**

223 Derzeit gelten in den EU-Mitgliedstaaten trotz zahlreicher EU-Vorgaben unterschied-  
224 liche Verfahrensregelungen bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Noch gravieren-  
225 der sind die Abweichungen bei den Standards hinsichtlich Unterbringung, Betreuung  
226 und Sozialleistungen. Diese Systemunterschiede wirken sich erheblich bei den Zu-  
227 gangszahlen aus, weil sie eine Sogwirkung Richtung Deutschland entfalten. Daher  
228 sind dringend Korrekturen angezeigt. Wir brauchen ein einheitliches Asylverfahren

229 für alle EU-Mitgliedstaaten, um beispielsweise erhebliche Unterschiede bei der Ver-  
230 fahrenslänge zu vermeiden. Zudem muss sichergestellt werden, dass in allen Mit-  
231 gliedstaaten vergleichbare Standards bei der Unterbringung und Betreuung der Asyl-  
232 bewerber gelten: In Zukunft darf es keine faktische Wahlmöglichkeit nach der besten  
233 Unterbringungs- und Versorgungssituation mehr geben.

234

235

### 236 **V. Bund und Länder in die Verantwortung nehmen!**

237

238 Der andauernde Zustrom an Flüchtlingen kann in Deutschland nur bewältigt werden,  
239 wenn alle Länder gleichermaßen in die Pflicht genommen werden. Wir fordern eine  
240 gerechte Verteilung der Flüchtlinge und der damit verbundenen Kostenlast auf alle  
241 Länder!

242

### 243 **Unbegleitete Minderjährige gerecht verteilen**

244 Bayern versorgt mittlerweile rund 50 Prozent aller unbegleiteten Minderjährigen in  
245 Deutschland und ist damit an seine Belastungsgrenze gelangt. Eine bundesweite  
246 Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen nach dem Königsteiner Schlüssel ist un-  
247 umgänglich. Wir fordern, dass der diesbezüglich von Kabinett und Bundestag bereits  
248 beschlossene Gesetzentwurf bereits deutlich vor dem 01.01.2016 in Kraft tritt und  
249 Bayern in der sich anschließenden Übergangsphase der Verteilung keine finanziellen  
250 Nachteile entstehen.

251 Allerdings sind für Bayern die zu erwartenden Neuzugänge der nächsten Monate bis  
252 zur gesetzlichen bundesweiten Verteilung kaum noch zu bewältigen. Deshalb muss  
253 schon bis dahin eine Verteilung auf freiwilliger Basis stattfinden. Wir appellieren da-  
254 her an alle Länder, sich der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen nicht weiter  
255 zu verschließen und die gebotene Verantwortung jetzt und sofort zu übernehmen.

256 Die Standards bei der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjähri-  
257 gen müssen wir deutlich abbauen und hier verstärkt auf niedrighschwellige Angebote  
258 zurückgreifen. Die Angebote sind am tatsächlichen Bedarf der Jugendlichen und  
259 nicht zwangsläufig am Kinder- und Jugendhilferecht auszurichten.

260

261



262 **Finanzielle Unterstützung durch den Bund spürbar aufstocken**

263 Die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern ist eine gesamtgesellschaftli-  
264 che Aufgabe. Daher muss sich auch der Bund an den immens steigenden Kosten  
265 beteiligen. Wir begrüßen die Zusage des Bundes beim Koalitionsgipfel, zur Bewälti-  
266 gung der Flüchtlings- und Asylsituation die Ansätze im Haushalt 2016 um drei Milliar-  
267 den Euro zu erhöhen und Ländern und Kommunen weitere drei Milliarden Euro zur  
268 Verfügung zu stellen. Diese Summen reichen jedoch nicht aus. Insbesondere Länder  
269 und Kommunen müssen in deutlich höherem Umfang unterstützt werden. Vorbelas-  
270 tungen einzelner Länder wie Bayern müssen dabei angemessen berücksichtigt wer-  
271 den.

272

273 **Bundesweite Verteilzentren einrichten**

274 Wir begrüßen die Ankündigung des Bundes, Verteilzentren für Asylbewerber einzu-  
275 richten. Die Koordinierung der bundesweiten Verteilung von Asylbewerbern muss  
276 bislang ausschließlich von den Ländern gestemmt werden, was für Bayern eine  
277 enorme Belastung bedeutet. Wir fordern den Bund auf, hierbei ausreichende Kapazi-  
278 täten zu schaffen, um eine wirksame Entlastung zu erreichen.

279 Dass der Bund nun 40.000 Plätze in von ihm betriebenen Erstaufnahmeeinrichtun-  
280 gen schaffen wird, ist überfällig! Die Zahl der Plätze ist allerdings zu niedrig, es müs-  
281 sen erheblich mehr Plätze geschaffen werden. Wir fordern mindestens eine Ver-  
282 doppelung in diesem Bereich!

283

284

285 **VI. Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren!**

286

287 Viele Asylbewerber werden anerkannt oder erhalten ein Bleiberecht. Für sie wollen  
288 wir alle Chancen zur Integration schaffen. Gleichzeitig müssen wir von den zuge-  
289 wanderten Flüchtlingen aber auch die uneingeschränkte Anerkennung unserer Leit-  
290 kultur einfordern. Ohne unseren Wertekonsens und unsere Grundüberzeugungen zu  
291 respektieren, ist Integration in unserem Land nicht möglich.

292

293 **Sprachkurse und -förderung ausweiten**

294 Wer in unserem Land eine Bleibeperspektive hat, muss zuallererst die deutsche  
295 Sprache beherrschen. Dabei unterstützen wir möglichst jeden mit Sprachkursange-

296 boten und Sprachförderung. Hierzu wollen wir die „Deutschkurse zur sprachlichen  
297 Erstorientierung für Asylbewerber“ ebenso wie die ehrenamtlichen Sprachkurse  
298 spürbar ausweiten. Wir begrüßen die Zusagen des Bundes, die Integrationskurse für  
299 Asylbewerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zu öffnen und die Mittel entspre-  
300 chend dem gestiegenen Bedarf aufzustocken sowie eine bedarfsgerechte Finanzie-  
301 rung der berufsbezogenen Sprachförderung durch zusätzliche Bundesmittel sicher-  
302 zustellen.

303

#### 304 **Bildungsangebote ausbauen**

305 Bildung ist entscheidend für die weitere berufliche Entwicklung und den Erfolg auf  
306 dem Arbeitsmarkt. Daher werden große Anstrengungen unternommen, um die  
307 Flüchtlinge in allen Bereichen des Bildungswesens zu integrieren und ihnen Chancen  
308 zu eröffnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlingskinder sowohl in den Kinderta-  
309 geseinrichtungen als auch im Regelschulbetrieb möglichst schnell hinreichende  
310 Deutschkenntnisse erlangen. Dazu müssen wir beispielsweise die Sprachförderung  
311 in den Kindertagesstätten ausweiten, die Übergangsklassen an den Grund- und Mit-  
312 telschulen ausbauen sowie Deutschförderkurse und Deutschförderklassen auswei-  
313 ten. Auch müssen wir den Asylbewerbern unsere Werte und Alltagskompetenzen  
314 vermitteln. Zudem müssen die Berufsintegrationsklassen an den Berufsschulen auf-  
315 gestockt werden, der Zugang zu den Hochschulen beratend begleitet und die Aner-  
316 kennung von Studienleistungen aus dem Heimatland zügig geprüft werden.

317

#### 318 **Integration in den Arbeitsmarkt verbessern**

319 Vor allem bei anerkannten Flüchtlingen ist eine schnelle Arbeitsmarktintegration not-  
320 wendig. Insbesondere Staatsregierung, Bundesagentur für Arbeit und die Wirt-  
321 schaftspartner müssen hier noch enger zusammenarbeiten, um Flüchtlinge mit Blei-  
322 belperspektive möglichst frühzeitig über bestehende Ausbildungs- und Arbeitsmög-  
323 lichkeiten zu informieren und besser und schneller in Ausbildung oder Arbeit vermit-  
324 teln zu können. Wir unterstützen darüber hinaus die Beschlüsse des Koalitionsaus-  
325 schusses, die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für die berufsbezo-  
326 gene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in den Jobcentern entspre-  
327 chend dem steigenden Bedarf aufzustocken, um die Arbeitsmarktintegration von  
328 Flüchtlingen frühzeitig und zielgerichtet zu fördern.

329

330 **Günstigen Wohnraum schaffen**

331 Vor allem in Ballungsräumen wird günstiger Wohnraum immer knapper, gleichzeitig  
332 steigt die Nachfrage durch die Zuwanderung. Wir fordern eine finanzielle Beteiligung  
333 des Bundes an den Wohnungsbauprogrammen der Länder in Höhe von mindestens  
334 zwei Milliarden Euro jährlich, um nachhaltig Verbesserungen in der Wohnraumsitua-  
335 tion für alle erreichen zu können.

336 Um wirksame Anreize zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu bieten, sollte  
337 die degressive Abschreibung wieder eingeführt werden. Zudem fordern wir eine Ab-  
338 senkung der Baustandards und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.  
339 Außerdem fordern wir ein Bauprogramm zu übergangsweise befristetem Wohnen  
340 von anerkannten Flüchtlingen mit reduziertem Wohnstandard, im Rahmen dessen  
341 mittels eines Sofortprogramms sehr zeitnah Unterkünfte geschaffen werden können.